



# Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

August 2013

**Es geht um  
Ihre Gesundheit!**



## *Beschäftigte an der Charité kämpfen für eine Mindestpersonalbesetzung im Krankenhaus*

Im Juli startete der Aufruf zur Gründung des Bündnisses „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“. Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern gehen uns alle an! Denn jede/r Bürger/in kann potentiell betroffen sein.“ Dies haben viele erkannt und deshalb war es nicht verwunderlich, dass zu dem ersten Treffen der Versammlungsraum im ver.di-Haus total überfüllt war.

Neben Beschäftigten von Charité und CFM waren zahlreiche Kolleg/innen aus anderen Gewerkschaften, Patientenvertretungen, Medizinstudenten, Parteienvertreter u. a. anwesend.

Es geht um die Unterstützung der Gewerkschaft bei den laufenden Tarifverhandlungen an der Charité. Es geht um eine tariflich abgesicherte Mindestbesetzung bei der Pflege und um Gesundheitsschutz.

Wie dramatisch sich die Arbeitsbedingungen in allen Einrichtungen des Universitäts-Klinikums verschlechtert haben, machte Stephan Gummert, Personalrat und Gewerkschaftsvertreter an der Charité, in seinem Beitrag deutlich. Er sprach von einem „Versagen des Gesundheitssystems“. Durch Sparmaßnahmen wurden einerseits Arbeitsplätze in der Pflege abgebaut und andererseits ist durch Verände-

➔ Fortsetzung auf Seite 2



## **Energie für Berlin**

*Volksbegehren erfolgreich*

Ein wichtiger Schritt ist getan, das Berliner Stromnetz wieder in die eigenen Hände zu bekommen: 228000 gültige Unterschriften kamen beim entsprechenden Volksbegehren, das von der Initiative „Berliner Energietisch“ getragen wurde, zusammen. Der Berliner Senat wurde somit gezwungen, die wahlberechtigten Berliner bei einem Volksentscheid darüber abstimmen zu lassen, ob das Energienetz rekommunalisiert wird. Das einfachste und zweckmäßigste wäre es gewesen, diesen Volksentscheid zusammen mit der Bundestagswahl am 22. September durchzuführen. Aber so einfach will es der Senat dem „Berliner Energietisch“ und somit dem mündigen Bürger nun auch nicht machen. Als Abstimmungstermin wurde der 3. November angesetzt, trotz höherer Kosten. Dem Senat geht es aber um die Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses. Alle Mittel sind recht, die Wähler von den Wahlurnen fernzuhalten. Koste es was es wolle.



## **Tarifurlaub ist keine Selbstver- ständlichkeit**

*Aktionswoche  
„Urlaub kommt nicht  
von ungefähr“*

Eine von ver.di durchgeführte repräsentative Umfrage zum Thema „Urlaub“ zeigte große Unterschiede seitens der Unternehmen hinsichtlich der Urlaubsansprüche der Beschäftigten, aber auch ebenso große Wissenslücken zu dem Thema bei den Beschäftigten. 65% der Befragten fänden es gut, wenn die Gewerkschaften 6 Wochen Urlaub für alle durchsetzen würden. Die Realität sind anders aus: 13 Prozent der Beschäftigten bekommen nur den gesetzlichen Mindesturlaub von 24 Werktagen - in Ostdeutschland sind es 21 Prozent. Auf Zahlung eines Urlaubsgelds besteht gar kein gesetzlicher Anspruch.

Mehr Urlaubstage und Urlaubsgeld sind also das wertvolle Ergebnis gewerkschaftlich erstrittener Tarifvereinbarungen. Angesichts des Abbaus von Stammbeschaftungen, Zunahme prekärer Beschäftigungen und wachsender Betriebe ohne Tarifbindungen ist eine Offensive der Gewerkschaften notwendig, um klar zu machen: Nur wenn die Beschäftigten bereit sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren, können die Erreichte dauerhaft verteidigt und Verbesserungen durchgesetzt werden.

Diesem Ziel diente die vom 3. bis 7. Juni bundesweit durchgeführte Aktionswoche „Urlaub kommt nicht von ungefähr“ – Tarifurlaub ist keine Selbstverständlichkeit.

---

***Allein um die seit Ende 2012 angefallenen Überstunden abzubauen, müssten 80 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Die aktuelle Personalsituation sei so, dass insgesamt 300 Vollzeitkräfte fehlten. In der Diskussion stellten Charité-Beschäftigte eindrucksvoll die Auswirkungen dieser Situation im Alltag dar. Die eingereichten Überlastungsanzeigen seien überproportional angestiegen und damit zeichne sich auch eine Gefährdung der Versorgung der Patienten ab.***

---

» Fortsetzung von Seite 1

rungen im Gesundheitssystem (Fallpauschalen) die Zahl der zu versorgenden Patienten gestiegen. Auf eine Pflegekraft kommen 15 Patienten.

Allein um die seit Ende 2012 angefallenen Überstunden abzubauen, müssten 80 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Die aktuelle Personalsituation sei so, dass insgesamt 300 Vollzeitkräfte fehlten. In der Diskussion stellten Charité-Beschäftigte eindrucksvoll die Auswirkungen dieser Situation im Alltag dar. Die eingereichten Überlastungsanzeigen seien überproportional angestiegen und damit zeichne sich auch eine Gefährdung der Versorgung der Patienten ab.

### **Tarifkampf mit Beispielcharakter**

Es besteht also dringender Handlungsbedarf! Die Forderung der Gewerkschaft ver.di ist neu: Es geht nicht um Lohnerhöhung, erstmals soll eine tarifliche Festlegung von Mindestbesetzungen erreicht werden. Dies ist Teil bundesweiter ver.di-Aktivitäten, um eine gesetzliche Personalbemes-

sung für alle Krankenhäusern durchzusetzen. Die Charité-Beschäftigten könnten damit auch anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen Mut machen, für gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen und sich gegen Missstände zur Wehr zu setzen. Die Leiterin des zuständigen Fachbereichs 3 von ver.di Berlin/Brandenburg, Meike Jäger, wies deshalb in ihrem Diskussionsbeitrag auch auf den Beispielcharakter der Berliner Tarifauseinandersetzung hin. Die Krankenhausbeschäftigten würden bundesweit auf die Berliner schauen. Die Gründung des Bündnisses „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ ist hierbei ein wichtiger Beitrag zum Erfolg. Aufgabe ist es, breite gesellschaftliche Unterstützung zu organisieren. Hierzu sind in den vier Arbeitsgruppen bereits viele Ideen, Aktionen diskutiert und angeschoben worden, denn die Signale seitens der Geschäftsführung lassen nicht darauf hoffen, dass die Forderungen der Gewerkschaft ohne Kampf durchgesetzt werden können. Deshalb kommt es darauf an, dass Beschäftigte und Unterstützer solidarisch zusammenstehen.



**Tunia wählen!**

## Wählen gehen?!

*Eine echte Alternative in Berlin – Mitte: Tunia Erler*

„Nur die allerblödesten Kälber, wählen ihre Metzger selber.“ Dieser alte Spruch ist vielen Menschen vor den nahenden Bundestagswahlen sehr präsent. Soll man/frau wirklich nach „kleineren Übeln“ suchen? Straft man die Arbeitsplatzvernichter, die Freunde der Miethaie und die Wegprivatisierer von öffentlichem Eigentum nicht am härtesten, wenn man gar nicht hingeh?

Die DKP kandidiert im kommenden September nicht mit eigenen Landeslisten, aber mit Direktkandidaten, wo es die Wohngebietsgruppen für machbar hielten. Zu den Europawahlen 2014 wird es aber eine bundesweite DKP-Kandidatur geben.

Für die Bundestagswahl empfehlen wir den Wählerinnen und Wählern, die Listenstimme der Partei „Die Linke“ zu geben, wenn deren Kandidaten vor Ort konsequent gegen Rechtsentwicklung, Privatisierungspolitik, Sozialabbau und Kriege eintreten. In Berlin – Mitte (Wahlkreis 75) gibt es eine echte Alternative: Tunia Erler steht dort für die DKP als Direktkandidatin zur Wahl. Die Aussagen und Forderungen der 50-jährigen Bibliotheksfacharbeiterin sind klar und lassen sich von nichts anderem leiten, als von den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen:

- Für das Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum.
- Verbot aller faschistischen Organisationen.

- Rücknahme der menschenunwürdigen Hartz-IV-Regelungen.
- Kostenfreie Bildung für alle.
- Schluss mit der Zweiklassenmedizin.
- Rücknahme des Rentenalters mit 67. Schrittweise Verkürzung der Lebensarbeitszeit.
- Für eine Wende hin zu Frieden und sozialem Fortschritt.
- Sofortiger Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Die DKP hat keine Illusionen darüber, dass diese Forderungen im Parlament durchgesetzt werden können, wenn die arbeitenden Menschen nicht „auf der Straße“ und mit ihren Gewerkschaften Druck dafür machen. Tunia Erler ist da zu finden, wo „Volksvertreter“ eigentlich hingehören: Bei den kleinen Leuten, bei der Mieterdemo, beim Blockieren von Naziaufmärschen, bei Aktionen der Gewerkschaften. Sie fehlt da, wo die anderen Politiker gerne sind: Beim Mauseln mit Grund- und Häuserspekulanten, beim Aushecken immer neuer Grausamkeiten zulasten der arbeitenden Männer und Frauen dieses Landes. Das wird auch so bleiben, wenn sie in den Bundestag gewählt wird. Deshalb in Berlin-Mitte bei der Bundestagswahl die Erststimme für die DKP-Kandidatin Tunia Erler! Jede Stimme für die DKP hilft allen, die wirkliche Veränderungen wollen!

**Weitere Infos:**  
[www.tunia-erler.de](http://www.tunia-erler.de)

## Gewerkschaften in der Krise

*Neue Broschüre der DKP Berlin zur deutschen Gewerkschaftspolitik in der Krise*

Regelmäßige Tarifrunden der Gewerkschaften und dennoch bleibt wenig in der Tasche. Warum ist das so? Dieser Frage geht die Gewerkschafterin Renate Münder in einer Analyse der Tarifpolitik der Gewerkschaften ver.di und IG Metall während der Wirtschaftskrise nach. Was hindert die Beschäftigten daran, den Kampf für bessere Löhne aufzunehmen und warum sind die deutschen Gewerkschaften dem Lohndumping des Kapitals nicht entschlossener entgegnetreten? Das sind die Fragen, die sie behandelt. Die Tarifpolitik ist die Grundlage der Analyse. In der Nachbetrachtung wird deutlich, dass sich die IG Metall in der Rolle des Krisenmanagers sah und auf Korporatismus und Co-Management setzte. Ver.di hingegen startete als Tiger mit der Forderung „Kein Lohnverzicht in der Krise“ und landete nach dem Metallabschluss eher als Bettvorleger. Münder fordert daher eine Neuausrichtung der Gewerkschaftspolitik mit einer offenen Debatte über die Ursachen der Krise und was dagegen zu tun sei! Schließlich versucht sie Wege aufzuzeigen, wie die Standort- und Verzichtspolitik durchbrochen werden kann und welche Schwerpunktforderungen jetzt anzupacken sind. Ein wichtiger Beitrag für jeden aktiven Gewerkschafter.

*Münder, Gewerkschaften in der Krise, 52 Seiten, Berlin Mai 2013, 2 Euro. Erhältlich bei: DKP – Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin*

## Sommer - Sonne - Sozialismus

Die DKP lädt zum Sommerfest in Neukölln

Am Samstag, den 31. August, verwandelt sich die Jonasstraße in Neukölln in ein buntes Treiben. Die Kommunisten laden zum internationalistischen Sommerfest. Ab 14 Uhr bietet die DKP eine spektakuläre Mischung aus Kunst, Kultur, kulinarischen Genüssen und Information.

Es werden Spitzenartisten wie Erich Schaffner und Rodrigo Santa Maria (Chile), aber auch Berliner Talente wie Liekedeecker ein künstlerisches Feuerwerk entzünden. Ein Höhepunkt wird dabei das Brecht-Programm der SDAJ sein. Daneben und dazwischen, vor der Bühne, an den Ständen und im „Salvador Allende Club“ stellen sich Mieter-, Antifa- und andere Initiativen mit den Forderungen der Menschen dieser Stadt vor, Betriebsräte der Charité informieren über die Probleme im Gesundheitswesen. Gäste aus Syrien, der Türkei, Griechenland, Portugal, Irland, Kuba und Venezuela berichten über die Situation in ihren Ländern. Dazu: Kinderfest der Extraklasse, die Direktkandidatin der DKP zu den Bundestagswahlen, Tunia Erler, live u. v. a



### Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132

**Mail:** info@dcp-berlin.info

**Web:** www.dcp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

# Mit Schuldenbremse und Fiskalpakt gegen die Bevölkerung

Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern  
aus Sicht der Beschäftigten

Die gegenwärtige Krise hat eine Ursache, aber viele (falsche) Namen. Tatsache ist: Es hat sich zu viel Kapital in den bisherigen Industriebranchen angesammelt, das dort nicht mehr genug Profit bringt und sich deshalb neue Anlagemöglichkeiten sucht. Es handelt sich also um eine Überakkumulationskrise, die nicht nur vorübergehend ist. Anders als bei zyklischen Krisen, werden also nicht nur die Warenbestände geräumt und anschließend das Gleiche produziert wie vorher auch.

Neben Banken- oder Wettbewerbskrise taucht immer wieder der Begriff Schuldenkrise auf. Er ist ebenso falsch, soll aber mit der Verschleierung der wahren Ursachen helfen, sowohl in den Staaten in der Peripherie Europas als auch in der Bundesrepublik einen harten „Sparkurs“ mit Sozial- und Demokratieabbau durchzusetzen. In der BRD hat man mit der Schuldenbremse im Grundgesetz und in vielen Landesverfassungen der drastischen Begrenzung neuer Schulden sogar Verfassungsrang gegeben. Der Druck auf Länder und Kommunen, öffentliches Eigentum zu privatisieren, Sozialleistungen zu kürzen und nicht mehr in Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge wie etwa Krankenhäusern und Kindergärten zu investieren, wird größer. Europaweit soll dies mit dem Fiskalpakt durchgesetzt werden, der zusätzlich noch zum Schuldenabbau zwingt und Strafen für die Nichteinhaltung vorsieht.

Was uns da noch bevorsteht, lässt sich heute schon in Griechenland, Spanien und Portugal u. a. Ländern beobachten. In Griechenland z.B. ist die Gesundheitsversorgung nicht mehr gesichert: Krankenkassen zahlen keine



Medikamente mehr, die ärztliche Versorgung ist eingeschränkt - Überleben hängt wieder vom Geldbeutel ab. Viele Regionalregierungen in Spanien etwa zahlen nicht mehr alle Schulden, davon ist insbesondere das Gesundheitswesen betroffen. Kliniken sollen zuhauf privatisiert werden, Betten werden abgebaut, der Krankentransport in Madrid ist nicht mehr gewährleistet.

Gleichzeitig werden Arbeiterrechte beschnitten, Demonstrationen brutal zusammengeknüppelt. In vielen europäischen Ländern gibt es jetzt schon gravierende Einschnitte in die Tarifautonomie. In mehreren Ländern wurden Lohnstopps verhängt, Lohnkürzungen von bis zu 30% durchgesetzt, der Mindestlohn gesenkt oder eingefroren.

Beschäftigte und ihre Gewerkschaften müssen sich rechtzeitig wehren. Im September gibt es gleich zwei Möglichkeiten, damit anzufangen:

**7.9., Hannover:** DGB-Demo „Gute Arbeit“

**14.9., Berlin:** Demo des Bündnisses UmFAIRteilen